

MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT HALLE-WITTENBERG
PROFESSUR FÜR INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND
DEUTSCHE AUßENPOLITIK



Hallenser IB-Papier 1/2010

Reinhard Rode

Die militärische Niederlage des Westens in Afghanistan
Kluges Niederlagenmanagement und die Chance der Konversion in
einen weltpolitischen Sieg

E-Mail: reinhard.rode@politik.uni-halle.de
Website: <http://www.politik.uni-halle.de/rode>

Der Verlauf der westlichen Intervention in Afghanistan seit den von den USA im Herbst 2001 angeführten Aktionen hat den Westen und die NATO in einen Kleinen Krieg geführt, der weder das Land stabilisieren noch ein plausibles Ausstiegsszenario erreichen konnte und sich immer mehr zur unmöglichen Aufgabe (*mission impossible*) entwickelte. Ähnlich wie im Irak auch gab es zwar schnelle Anfangserfolge bei der Vertreibung der Taliban mit Hilfe der Nordallianz, aber bald dann ein Wiedererstarken radikalislamistischer Kräfte als sogenannte Neotaliban. Schon 2006 hatten die Taliban in gut der Hälfte des Landes eine ständige Präsenz etablieren können. Auch in den Vororten der Hauptstadt Kabul hatten ihre Operationen Erfolg. Teile der wichtigen Verkehrsverbindungen konnten von den Taliban unter Kontrolle gebracht¹ und der Aufbau stabiler staatlicher Strukturen der Zentralregierung konnte effektiv verhindert werden. Mit den vorhandenen Rückzugsmöglichkeiten in den Grenzgebirgen in Pakistan und der Unterstützung der dortigen meist paschtunischen Stammesführer, gelang keine wirkliche Schwächung der Taliban. Im Gegenteil: Es erfolgte eine zunehmende Talibanisierung in Pakistan selbst, der die hochgerüstete Zentralregierung nicht Herr zu werden vermochte. Eine Niederlage der NATO zeichnet sich ab.

In Expertenkreisen findet sich die Behauptung, die amerikanische Administration habe die anfänglichen Erfolgschancen in Afghanistan verspielt, weil sie den dortigen Einsatz wegen der Anspannung im Irak vernachlässigt habe. Das ist nicht völlig von der Hand zu weisen. Diese Perspektive verkürzt allerdings die Probleme der Staatenbildung und Stabilisierung des völlig heterogenen, durch Stammesgesellschaften geprägten Landes. Sie basiert auf der zweifelhaften Annahme, es hätte tatsächlich ein kurzes Fenster der Gelegenheiten für die nachhaltige Befriedung gegeben.

Eine zweite Tunnelblickhypothese vertreten viele Hilfsorganisationen, die in der Präsenz westlichen Militärs das Haupthindernis für eine Friedenslösung sehen. Die zweifelhafte Annahme der Helfer besteht darin, eine rein zivile Lösung ohne eine neue Herrschaft der Taliban als möglich zu betrachten. Teile dieser Vertreter neigen in ihrer Anti-NATO- und Zivillösungsfixierung dazu, die Taliban zu verharmlosen und das Gewaltniveau ihres Herrschaftssystems vor 2001 unterzugewichten sowie die Wahrscheinlichkeit für dessen Wiederherstellung auszublenden. Medial wirken diese Gruppen in der westlichen Gesellschaft, obwohl im Kern glaubwürdig pazifistisch gesinnt und ohne das anzustreben, oft objektiv als unfreiwillige Helfer der Pro-Taliban-Propaganda, zumindest aber als Verharmloser. Das unterstreicht als Positiv-effekt die Freiheiten westlicher Gesellschaften, schränkt aber unvermeidlich die westlichen Handlungsspielräume ein.

Auf Seiten der westlichen Regierungen findet sich die Tendenz die Lage in Afghanistan im Interesse der politischen Unterstützung zu vernebeln und zu schönern. Das reicht von der schwer beweisbaren Behauptung, dort würde die westliche Freiheit verteidigt und der Terrorismus eingedämmt, bis zur These die Zentralregierung in Kabul könne mit entsprechender Unterstützung in die Lage versetzt werden sich bald selbst zu tragen. Diese Darstellungen für die skeptische heimische Öffentlichkeit dienen vor allem der Herstellung von politischer Unterstützung für den Militär-

¹ Robert D. Crews/Amin Tarzi (Hg.), *The Taliban and the Crisis of Afghanistan*. Harvard University Press, Cambridge 2008

einsatz und der Legitimierung der Zahlung von Hilfgeldern an das korrupte Regime unter Hamid Karzai.

Die desolante Lage spricht eher dafür, dass die Verstrickung in die afghanischen Querelen sich als eine politisch-strategische Falle erwiesen haben könnte, für die verzweifelt nach gesichtswahrenden Auswegen gesucht wird. Das Eingeständnis einer westlichen Niederlage in einem asymmetrischen Krieg,² der längst für die NATO ein Neuer Abnutzungskrieg (vgl. S. 5 d. A.) geworden war, zählte aber 2010 noch nicht zu den akzeptablen politischen Optionen auf der Regierungsebene. Das wäre auch sehr schwierig, weil in Afghanistan vom Westen guten Glaubens sehr viel richtig gemacht und nach den richtigen Maximen agiert worden ist.

Die politischen Legitimierungsparameter wurden alle mehr oder weniger erfüllt. Der UN-Sicherheitsrat hatte die Operation durch eine Resolution ermächtigt,³ das Selbstverteidigungsrecht war für die USA nach den Anschlägen am 11. September 2001 völkerrechtlich gegeben, weil Al-Qaida Teil der staatlichen Struktur im Afghanistan der Taliban gewesen war und der Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags als gegeben angesehen wurde. Die schnelle Einigkeit in der NATO in diesem Fall war jedoch mehr einem Solidaritätseffekt nach den Anschlägen am 11. September geschuldet als einer gemeinsamen Lageeinschätzung und einer durchdachten Strategie. Das war unbestreitbar ein weltpolitischer Erfolg der USA. Die Intervention war jedenfalls weitgehend legitimiert und sie beschränkte sich auch von Anfang an nicht auf militärische Operationen, sondern suchte den zivilen Aufbau eines besseren Afghanistan im Grunde nur vorübergehend militärisch abzusichern. Doch das erwies sich schnell als Wunschdenken, da die Taliban bald wieder stark genug waren, um die westlichen Truppen zu vielen Kampfeinsätzen herauszufordern, was die als westliche Stabilisierungstruppe gedachten Kräfte in die ungeliebte Rolle einer Anti-Guerilla-Armee hineinzog.

Die politisch-mediale Delegitimierung des Einsatzes wurde damit unweigerlich befördert. Da die USA unter George W. Bush schon wegen des Irak eine schlechte Presse hatten, konnte daran auch in Afghanistan propagandistisch angeknüpft werden. Diesmal traf das aber nicht nur die USA und Großbritannien, wie im Irak, sondern den gesamten Westen, vor allem die 28 NATO-Länder. Der Stand im Dezember 2009 wies 43 Länder als Truppensteller und Unterstützer aus.⁴ Ein Teil der Truppenstellungen war eher von symbolischer Bedeutung, aber es waren große Kontingente von über 1000 Soldaten aus 11 Staaten darunter.⁵

² Christopher *Daase*, Kleine Kriege - Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert, Nomos 2010; Herfried *Münkler*, Die neuen Kriege, Reinbek 2004

³ Die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe, kurz ISAF (*International Security Assistance Force*), ist eine Sicherheits- und Aufbaumission unter NATO-Führung in Afghanistan. Die Aufstellung erfolgte auf Ersuchen der Teilnehmer der ersten Afghanistan-Konferenz 2001 an die internationale Gemeinschaft und mit Genehmigung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (Resolution 1386 vom 20. Dezember 2001). Der Einsatz ist keine Blauhelm-Mission, sondern ein sogenannter friedens erzwingender (*peace enforcement*) Einsatz unter Verantwortung der beteiligten Staaten.

⁴ <http://www.hq.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/placemat.pdf> am 24.1.2010

⁵ USA: 45789; UK: 9500; Deutschland: 4289; Frankreich: 3750; Italien: 3150; Kanada: 2830; Polen: 1955; Niederlande: 1950; Türkei: 1755; Australien: 1550; Spanien: 1065; alle Staaten: 84150

Die Herausforderungen der Terrorbekämpfung in Kleinen Kriegen nagen umfassend am Image des Westens als Vorkämpfer des Guten. Es trat sehr schnell eine Diskrepanz zwischen schnellen Antiterrorerfolgen und westlichen Werten sowie rechtsstaatlichem Vorgehen auf. Zusätzlich zum Standardarsenal von Guerillaaktivitäten, die alle Möglichkeiten hinterhältiger Vorgehensweisen umfassen, traten die Selbstmordattentate als ziemlich effizientes dschihadistisches Mittel hinzu. Damit konnte zum einen großer Schaden angerichtet werden und zum anderen das westliche Militär zu Überreaktionen angereizt werden, was wiederum beste Gelegenheiten für antiwestliche Propaganda bot. Da die Dschihadisten keinen Respekt vor Menschenleben zeigten, gerade auch nicht vor denen gläubiger Moslems, deren Tod von den Taliban als gerechtfertigtes Opfer im heiligen Krieg angesehen wird, versteckten sie sich vorzugsweise in Privathäusern und zivilen Einrichtungen vom Kindergarten über Schulen bis zum Krankenhaus und agierten auch von dort aus, um Gegenschläge propagandistisch ausnutzen zu können. Diese Form der Kriegsführung stellt für westliche Demokratien zwangsläufig vor Dilemmata, die einer politisch-militärische Falle gleichkamen. Bei Nichtreaktion wird die Basis der Terroristen erweitert, bei einem Militärschlag gibt es unvermeidlich zivile Opfer, deren Bilder dann durch die Medien der Welt gehen und dem westlichen Militär samt den Regierungen als Vergehen vorgehalten werden. Neben neuen empörten Unterstützern in der islamischen Welt können die Taliban sich damit auch den westlichen Menschenrechtsgruppen als Opfer präsentieren. Zu diesem strategischen Vorteil der Taliban kommt eine zweiter. Im Guerillakrieg islamistischer Prägung wird in der Führung von Taliban und Al-Qaida damit kalkuliert, dass westliche postheroische Gesellschaften hohe Verluste nicht tolerieren und damit zum Abzug genötigt werden können. Demgegenüber kalkulieren die Dschihadisten, dass sie beliebig hohe Zahlen von Glaubenskämpfern „verheizen“ können, weil nach ihrer eigenen Einschätzung der Nachschub neuer todesmutiger Freiwilliger endlos ist.

Die Administration Obama und im Gefolge die NATO setzen 2010 auf ein vermutlich letztes verstärktes militärisch-ziviles Aufgebot zur Stabilisierung. Damit sollen Ausstiegsszenarien im Zeitfester zwischen 2013 und 2015 ermöglicht werden. Dazu wurden auf der Afghanistan-Konferenz in London Ende Januar 2010 weitere Anstrengungen vereinbart, darunter vor allem zusätzliche Truppen. Die Zahl von 37 000 zusätzlichen Soldaten zu den bereits stationierten 84 000 wurde im Vorfeld der Konferenz in NATO-Kreisen gehandelt. Auch die Erhöhung der Ausbildungshilfe für das afghanische Militär und die Polizei sowie die Debatte über Finanzhilfen für gemäßigte Taliban, um radikale und gemäßigte Gruppierungen zu spalten, könnten durchaus Sinn machen, aber genauso gut auch vergebene Mühen und verschwendetes Geld sein. Die Wirkung der Scheckbuchdiplomatie, die in Deutschland Tradition hat, ist in diesem Fall völlig offen, aber durchaus einen Versuch wert. Die Chancen mit Prämien für Aussteigerprogramme zu reüssieren, stehen dennoch eher schlecht.⁶

Kurzum, alle denkbaren Strohhalme werden diskutiert und nach manchem dürfte gegriffen werden. Auch noch so intelligent zusammenkomponierte Gesamtpakete mit militärischen und zivilen Komponenten und Erfolgskriterien (*benchmarks*) ver-

⁶ Wenn sich hinter diesem Malmot, dass man Afghanen nur mieten aber nicht kaufen kann, nur etwas Weisheit oder empirische Erfahrung verbirgt, dann dürfte eine solche Strategie im afghanischen Bakschischumfeld eher ein Projekt zur Erzeugung von Mitnahmeeffekten sein, das den Verfechtern ex post Hohn und Spott einbringen könnte.

mögen jedoch keine Erfolge zu garantieren. Sie könnten gut und gern wohlgemeinte Papierlösungen bleiben, die in der Praxis nicht bestehen können. *Benchmarks* könnten schnell aber auch eine selbst gegrabene Ziel- und Programmgrube werden, in die westliche Länder dann durch viel zu ernst genommene überhöhte Selbstverpflichtungen hineinfallen könnten. Der Streit um die richtige Mischung von zivilen und militärischen Anteilen und die Präferenz für den einen oder anderen Vorrang reflektieren eher die Vorlieben der verschiedenen Nationen in der ISAF und deren politischen Lagern als die Konfliktlage in Afghanistan und die dortigen Rahmenbedingungen.

Relativ wahrscheinlich scheint aus der Sicht des Jahres 2010 ein fragiler Stabilitätsgewinn für wenige Jahre, falls der westliche zivile und militärische Aufwand noch einmal kräftig erhöht wird. Dann dürfte ein gestufter Abzug auf Raten mit fort-dauernder Militärhilfe für die Gegner der Taliban folgen. Anfang 2010 wurde von der deutschen Bundesregierung eine „Übergabestrategie in Verantwortung“ und ein Abzug 2014 anvisiert.⁷ Zu den Übergabekandidaten würden neben der schwachen Zentrale in Kabul unweigerlich auch die regionalen Kriegsherren zählen. Die Analogie zum Verhalten der Sowjetunion bei ihrem Abzug 1989 und der dreijährigen Hal-tedauer der sowjetisch gestützten Regierung unter Präsident Nadschibullah bis zur Einnahme Kabuls 1992 durch die Mudschaheddin ist brüchig, aber lehrreich.

Wie lange Karzai Regime nach einem Abzug der NATO durchstehen können wird, ist vorerst nur eine spannende Frage. Wenn das Kalkül zur fort-dauernden Eindämmung der Taliban nicht aufgehen sollte, kämen über kurz oder lang wohl Indien und China ins Spiel, weil beide Staaten wegen ihrer muslimischen Minderheiten mit dschihadistischen Attacken konfrontiert sind und nach dem Abzug des Westens das Vakuum auf die eine oder andere Art auffüllen müssten, weil sie ein Taliban-Regime als regionale Terrorbasis kaum hinnehmen würden. Strategisch geht es in der Region längst perspektivisch mehr um die Stabilisierung Pakistans als um das zerrissene Afghanistan selbst, weil es zu verhindern gilt, das pakistanische atomare Potential in die Hände von Dschihadisten gelangen zu lassen. Für den Westen würden vermutlich neue Anti-Terror-Fronten wie z. B. im Jemen oder in Nordafrika an Brisanz gewinnen.

Guerillakriege können gegen eine Guerillaarmee ohne Nachwuchsprobleme strukturell nicht gewonnen werden. Das musste in Afghanistan schon die entschlossen hart und rücksichtslos kämpfende Rote Armee der Sowjetunion erfahren. Die durch ihre postheroischen Gesellschaften gebremsten westlichen Kräfte haben noch weniger Chancen. Diese politischen und militärischen Erfahrungen der eigenen Grenzen dürften unvermeidlich sein. Die westlichen Lernerfahrungen im Guerilla-Krieg mit Dschihadisten werden wohl lauten, sich besser nicht selbst auf solche Neuen Abnutzungskriege einzulassen und stattdessen als Ersatzoption von Anfang an Stellvertreter kämpfen zu lassen und diese hinreichend zu unterstützen. Der Begriff des Neuen Abnutzungskriegs ist deshalb treffend, weil es nicht mehr wie in früheren großen Kriegen um Materialschlachten und massenhafte Truppeneinsätze geht, sondern um die unvermeidliche moralisch-legitimatorische und mediale Abnutzung der westlichen Militärmacht in den Neuen Kriegen. Diese Abnutzung erfolgt, weil der Rückhalt in der Gesellschaft bei länger andauernden Einsätzen erodiert, wie es die USA schon in Vietnam und im Irak erfahren hatten. Zudem ist der Westen auch noch

⁷ Markus *Kaim/Pia Niedermeier*, die Zukunft des deutschen ISAF-Einsatzes. Sicherheitspolitische Schlüsselfragen für die Londoner Afghanistan-Konferenz, *SWP-Aktuell* 8, Januar 2010

neben den enormen Kriegskosten, die USA haben für die Kriege im Irak und Afghanistan nach Berechnungen im Kongress von 2001 bis 2009 bereits 300 Mrd. US-Dollar aufgewandt, in eine Art moralischer Aufbauhaftung mit immensen, schwer schätzbaren Folgekosten geraten.

In Deutschland war eine breite Unterstützung in der Bevölkerung nie wirklich vorhanden. Der deutsche Afghanistaneinsatz war ein Projekt der Regierungen und der politischen Führungseliten, die Allianzsolidarität beweisen und üben wollten. Die breite gesellschaftliche Unterstützung wäre nur im von Anfang an im recht unwahrscheinlichen schnellen Erfolgsfall eines Staatsaufbaus mit Friedensordnung, entstanden. Deshalb war der deutsche Akzent „Helfen statt Kämpfen“ stets mehr innen- als außenpolitisch und sachlich begründet, weil nur das Schönwetterszenario politisch akzeptabel erschien.

Lagebedingt wird sich die westliche Politik im Fall Afghanistans dem N-Wort, der Niederlage, wohl oder übel annähern müssen.⁸ Der politische Sieg könnte dann immerhin in der Akzeptanz der Grenzen des Nutzens der westlichen Militärmacht in dschihadistisch geprägten Konflikten liegen. Die Suche nach besseren und geeigneteren Eindämmungsstrategien gegen die Dschihadisten ist schon länger überfällig. Diese Eindämmung würden problematisch bleiben, weil z. B. Ausbildung, Waffenhilfe und Militärberater für skrupellose tribalistische Kriegsherren, die es mit den grausamen Taliban aufnehmen können, im Westen auch schwer zu legitimieren sein werden. Wie und warum die Guten den weniger Bösen, der korrupten Zentrale und den Kriegsherren, gegen die ganz Bösen, den Taliban, helfen dürften, würde auch politisch-legitimatorische Kunstgriffe erfordern. Das ungute Dreieck aus militärischer Niederlage vor Ort, politischer Abnutzung zu Hause und weltweitem Ansehensverlust des Westens bietet notgedrungen wenig attraktive Perspektiven zur Annäherung an die Realitäten.

Der Entwicklungsweg der NATO vom einstigen antikommunistischen Militärbündnis zu einer Sicherheitsagentur der westlich geprägten Demokratien implizierte die Möglichkeit einer Überforderung durch die Weltpolizistenrolle mit unmöglichen Missionen wie in Afghanistan. Der intergouvernementale Charakter der Multilateralität ihrer 28 Mitglieder kann zusätzlich bei heiklen Aufgaben im Überforderungsfall Spaltungstendenzen nach sich ziehen wie im Fall Irak. Auch das richtige Konzept und die passende Allianz für westliche Weltordnungspolitik können nicht frei sein von der Möglichkeit der Überdehnung und unmöglichen Missionen durch erst im Nachhinein erkennbare politische Fehlentscheidungen. Die USA sind verständlicherweise in ihrem Revancheimpuls nach dem 11. September voreilig zu schnell ohne gesamtstrategisches Konzept in den afghanischen Hinterhalt gerannt. Die NATO hat sich selbstüberschätzend solidarisch angeschlossen und ihre Fähigkeiten als reformiertes und erweitertes Gebilde viel zu hoch bewertet, weil sie dem Irrtum anheimgefallen ist, mit soviel Gleichgesinnten könne das kein Fehler sein. Das war nach der politischen Logik von 2001 wohl unvermeidlich, 2010 gilt diese Logik erfahrungsgesättigt nicht mehr.

Alte sowjetische Generäle mit Erfahrungen in Afghanistan werden hämisch gegrinst haben, doch selbst als freiwillige Berater wären sie aber 2001 nicht ernst genommen worden. Der Anti-Terror-Kampf gegen die Dschihadisten erfordert zwar

⁸ Die Presse titelt damit längst, z. B. *Der Spiegel* in 4, 2010 mit „Afghanistan-Friedhof der Supermächte“.

unbedingt integrierte Gesamtkonzepte, doch wahrscheinlich war Afghanistan einfach der falsche Platz für nachhaltige Erfolgchancen, weil es wohl ein Sonderfall ist. Afghanistan stellte sich unübersehbar als teures Lernfeld für den Westen und die NATO heraus. Diese Lektion ist für alle bitter, für die Politik, das Militär, die Gesellschaft und die NGOs. Alle vier müssen mühsam ihre lieb gewordenen Positionen und Konfliktlösungskonzepte überdenken. Was in Europa richtig war und getaugt hat, muss in Mittelasien nicht auch funktionieren. Kollektive Sicherheit ist ein bewährtes Konzept unter den Gutwilligen, sie ist aber kein Selbstläufer in einem Umfeld mit dschihadistischer und vormoderner Prägung. Ein wichtiger Test für die NATO als Institution, die gemeinsam hineingestolpert ist, wird sein, ob sie es schafft auch gemeinsam koordiniert abzuziehen und sich nicht nach außen auch noch als zerstrittenen Haufen zu präsentieren. Insgesamt könnte aus der Not des Scheiterns dann immerhin die Tugend der Demonstration institutioneller Stärke und Einigkeit erwachsen, die das internationale Ansehen der westlichen Allianz wahren und stärken könnte. Wenn die NATO es dann noch schaffen sollte, andere interessierte Akteure wie Russland, China und Indien arbeitsteilig einzubeziehen, wäre ein Beitrag zur Isolation und Ächtung der Dschihadisten geleistet und die nächst höhere multilaterale Stufe in einer wichtigen Frage der globalen Sicherheit und besonders im Anti-Terror-Kampf erreicht.

Was der Westen nicht leisten kann, ist die erfolgreiche Führung und Beendigung kleiner Abnutzungskriege in vormodernen und terroristischen Umfeldern, in denen gleichzeitig auch noch die internen Konflikte gelöst und ein stabiler Staat aufgebaut werden soll. Der Versuch eine Demokratie in Afghanistan durch eine westliche Militärintervention zu etablieren, egal ob es ein Haupt- oder ein Unterziel gewesen sein mag, war von Anfang an eine unmögliche Weltpolizeimission und stellte eine völlige Überforderung dar. In diesem Fall hatte der Helfer- und Entwicklungsimpetus aus den westlichen Gesellschaften zu einer idealpolitischen Überdehnung geführt, die die Regierungen zur Interventionslegitimierung aufgenommen hatten. Westliches Wunschdenken hat damit die Abnutzung und die Niederlage riskiert und auch noch die Demontage des eigenen Ansehens in Kauf genommen. Diese Lernlektion hat die schnelle Intervention in Afghanistan deutlich vor Augen geführt. Der erste große NATO-Weltpolizeifall war gleich ein Reinfluss.

Ein kluges Niederlagenmanagement böte die Chance für einen weltpolitischen Sieg. Die Lernerfahrung und ein gutes Ausstiegsmanagement könnte die NATO und den Westen sogar stärken, weil die USA als Hauptexporteur von Sicherheit und als Führungsmacht unter der Administration Georg W. Bush, der unilateralen Versuchung folgend, auf einen Irrweg geraten war. Die amerikanische Einsicht unter dem Nachfolger Obama führte dann wieder auf den multilateralen Pfad zurück und setzt damit auf die wahre westliche Stärke und auf die Formulierung und das Aushandeln erreichbarer Ziele im größeren multilateralen Kontext weit über den Westen hinaus.

Die Organisation des intensivierten Einbezug Russlands, Chinas, Indiens und Pakistans zur Eindämmung der Dschihadisten ist überfällig. Das wird bei den dortigen Regierungen keine große Freude auslösen, weil längst verstanden wurde, dass die NATO auch in ihrem Interesse agiert ohne dass sie bislang mit im riskanten Boot sitzen mussten. Vor allem Russland und Indien lobbyieren bereits im Interesse der eigenen Sicherheit und der Schonung ihrer Ressourcen im Hintergrund gegen einen baldigen westlichen Abzug. Die aktive Gestaltung eines politischen Bündnisses mit

den regionalen Großmächten könnte auch ermöglichen den Drogenanbau und den Drogenhandel in Afghanistan einzudämmen zu versuchen, aus dem sowohl die Taliban als auch die Warlords einen Großteil ihrer Einnahmen beziehen. Ferner müssten die beiden Atommächte Indien und Pakistan auch dazu gebracht werden endlich ihren Kaschmirkonflikt zu lösen, damit die pakistanische Armee statt auf der Hut vor Indien sein zu müssen, genügend Kräfte gegen den Taliban-Terror im Innern mobilisieren könnte.

Doch der westliche Ausstieg aus dem Schlamassel der militärischen Niederlage muss erst einmal auch wirklich in wenigen Jahren zustande gebracht werden. Das Horrorszenario wäre eine längere Fortdauer eines Abnutzungskriegs, wie ihn die USA in Vietnam (1965-1973) und die Sowjetunion in Afghanistan (1979-1989) geführt und verloren hatten. Dem Ruf der Generäle nach immer neuen Truppen und der Zivilhelfer nach immer mehr Geld sollten die Politiker auch angesichts der Scheu vor dem bösen N-Wort, der Niederlage, nicht nachgeben. Die Verstrickungen und die Belastungen durch lange Interventionen werden in der Regel stets größer. Die Schere zwischen abnehmenden Erfolgsaussichten und wachsenden Kosten plus zunehmender moralischer Aufbauhaftung öffnet sich sonst weiter. Die Gefahr einer folgenden Destabilisierung des Westens selbst und eines Zerfalls der NATO als Organisation wäre gering bis nicht vorhanden. Eine Analogie zur Sowjetunion, die durch ihre Niederlage in Afghanistan verunsichert worden war, wäre verfehlt. Bei der Erosion des kommunistischen Blocks war Afghanistan nur ein kleines Element. Die innere Schwäche der Herrschaft über immer weniger willige kleine Satellitenstaaten und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stagnation sowie die verbende politische Ausstrahlung des Westens waren die Gründe für den Untergang des Ostblocks. Die westlichen Demokratien würden ohne die Last des Abnutzungskriegs in Afghanistan weltpolitisch wieder stärker und einflussreicher.